

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

- a) zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Wolf Bauer, Dr. Christian Ruck, Ingrid Fischbach, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Sascha Raabe, Gregor Amann, Elvira Drobinski-Weiß, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 16/11053 –

Hunger und Armut in Entwicklungsländern durch die Förderung von ländlicher Entwicklung nachhaltig bekämpfen

- b) zu dem Antrag der Abgeordneten Thilo Hoppe, Ulrike Höfken, Ute Koczy, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/11203 –

Die Ursachen des Hungers beseitigen – Die ländliche Entwicklung fördern

A. Problem

Die Vernachlässigung der ländlichen Räume in Entwicklungsländern und die globalen Herausforderungen u. a. durch die Nahrungsmittelkrise gefährden nach Ansicht der Antragsteller das Millenniumsentwicklungsziel, die Halbierung des Anteils der Hungernden und Armen bis zum Jahr 2015 zu erreichen.

B. Lösung

Zu Buchstabe a

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/11053 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Buchstabe b

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/11203 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Zu Buchstabe a

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 16/11053.

Zu Buchstabe b

Annahme des Antrags auf Drucksache 16/11203.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag auf Drucksache 16/11053 anzunehmen;
2. den Antrag auf Drucksache 16/11203 abzulehnen.

Berlin, den 21. Januar 2009

Der Ausschuss für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit

Thilo Hoppe
Vorsitzender und Berichterstatter

Dr. Wolf Bauer
Berichterstatter

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Dr. Karl Addicks
Berichterstatter

Hüseyin-Kenan Aydin
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Dr. Wolf Bauer, Dr. Sascha Raabe, Dr. Karl Addicks, Hüseyin-Kenan Aydin und Thilo Hoppe

I. Zum Beratungsverfahren

Zu Buchstabe a

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/11053** in seiner 193. Sitzung am 4. Dezember 2008 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den Auswärtigen Ausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie, den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe, den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union und den Haushaltsausschuss überwiesen.

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 80. Sitzung, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat den Antrag in seiner 82. Sitzung, der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** in seiner 74. Sitzung, der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** in seiner 79. Sitzung, der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** in seiner 76. Sitzung am 21. Januar 2009 und der **Haushaltsausschuss** in seiner 89. Sitzung am 17. Dezember 2009 beraten. Die Ausschüsse empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 94. Sitzung am 21. Januar 2009 beraten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der FDP die Annahme des Antrags.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 76. Sitzung am 21. Januar 2009 beraten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Annahme des Antrags.

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 79. Sitzung am 21. Januar 2009 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen FDP und DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Annahme des Antrags.

Zu Buchstabe b

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 16/11203** in seiner 193. Sitzung am 4. Dezember 2008 zur Federführung an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und zur Mitberatung an den

Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe überwiesen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat den Antrag in seiner 94. Sitzung und der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** in seiner 79. Sitzung am 21. Januar 2009 beraten. Die Ausschüsse empfehlen mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

Der **Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe** hat den Antrag in seiner 76. Sitzung am 21. Januar 2009 beraten. Der Ausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Abwesenheit der Fraktion DIE LINKE. die Ablehnung des Antrags.

Der federführende **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag in seiner 79. Sitzung am 21. Januar 2009 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung des Antrags.

II. Zum Inhalt der Beratungen

Die **Fraktion der SPD** betont, der Antrag der Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und SPD greife die wesentlichen Inhalte der öffentlichen Anhörung vom 21. Januar 2009 zum Thema „Instrumente zur Förderung der Ländlichen Entwicklung – Bessere Erfolgsaussichten bei der Hunger- und Armutbekämpfung durch Optimierung spezifischer Themenfelder der Landwirtschaftlichen Entwicklung“ auf. Darüber hinaus gehe er auf die handelspolitischen Aspekte ein und setze sich für die Abschaffung von Markt verzerrenden Agrarsubventionen ein. Zu kritisieren seien in diesem Zusammenhang die Einlassungen der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz zu den geplanten Beschlüssen der EU, erneut Exportsubventionen für Milch zu vergeben. Zwar sollten die deutschen Bauern für die Binnenproduktion gestärkt werden, die vorgesehenen Exportsubventionen hätten aber zur Folge, dass erneut Milchpulver auf die Märkte der Entwicklungsländer komme. Dies laufe konträr zu zahlreichen Beschlüssen des Deutschen Bundestages. Der Antrag ziele deshalb auch gegen die Exportsubventionierung des Milchpulvers. Weitere wichtige Inhalte seien u. a. die Zertifizierung der Biotreibstoffproduktion und die Beachtung von sozialen und ökologischen Kriterien, insbesondere des Bildungsaspekts.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** hält den Analyseteil des Antrages der Koalitionsfraktionen für hilfreich, weil er alle Elemente eines integrierten Ansatzes der ländlichen Entwicklung aufzeige. Offene Fragen bestünden in der Tat im Bereich der geplanten Exportsubventionen für

Milch. Es gebe diesbezüglich innerhalb des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz unterschiedliche Strömungen und auch solche Positionen, die die Nahrungsmittelkrise für eine umfangreiche Exportoffensive zu nutzen suchten. Aufgrund der kurzen Amtszeit habe die Bundesministerin möglicherweise bisher nicht im notwendigen Umfang realisiert, dass es Kohärenzprobleme mit der Entwicklungspolitik gebe. In dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN würden die Schlussfolgerungen aus den Analysen des Antrages der Koalitionsfraktionen getroffen, z. B. zur Finanzierung und Mittelbereitstellung. Sie werbe insbesondere dafür, entsprechend dem von der Hunger-Task-Force der Vereinten Nationen unterbreiteten Vorschlag mindestens 10 Prozent der deutschen ODA-Mittel für die Förderung der ländlichen Entwicklung einzusetzen und die Empfängerländer aufzufordern, ebenfalls mindestens 10 Prozent ihrer Staatshaushalte für die ländliche Entwicklung bereitzustellen. Die derzeitigen Aufwüchse im Etat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zwischen 3 und 5 Prozent seien nicht ausreichend. Ein wesentlicher Punkt, warum die ländliche Entwicklung bisher vernachlässigt wurde, sei das Prinzip des *Ownerships*. Wenn sich die Partnerländer in den Regierungsverhandlungen auf zwei oder drei Sektoren beschränken müssten, was auch sinnvoll sei, fiele ihre Entscheidung häufig zugunsten anderer Sektoren gegen die ländliche Entwicklung aus.

Unklar sei die Forderung des Antrages der Koalitionsfraktionen, die ländliche Entwicklung als zusätzlichen Förderschwerpunkt in die regionalen Konzepte des BMZ aufzunehmen. Hier formuliere sie klarer, dass dies in den Ländern mit signifikantem Hungerproblem geschehen sollte. Das Thema müsse, wenn nicht vom BMZ, von anderen Gebern oder multilateralen Organisationen bearbeitet werden. Doch oftmals gebe es, z. B. in Guatemala, nicht einmal einen Roundtable der Geber. In diesem Fall sollte das BMZ anbieten, die Thematik als zusätzlichen Förderschwerpunkt aufzunehmen. Die Leitungsebene des BMZ habe dem bisher nicht den notwendigen Stellenwert beigemessen. Es gebe im Rahmen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) durchaus Möglichkeiten, zusätzliche Programme zu initiieren. Sollte ihr Antrag keine Mehrheit finden, werde sie sich im Ausschuss beim Antrag der Koalitionsfraktionen enthalten und im Plenum zustimmen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** legt dar, Bundesministerin Ilse Aigner habe im Sinne eines europäischen Kompromisses ihr Bestes getan und das Resultat sei vernünftig. Sie bittet die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das absolute Ablehnen der Gentechnologie und ihre Position zur ökologischen Landwirtschaft vor dem Hintergrund einer Milliarde hungriger Menschen zu überdenken. Man sollte die Chancen ausloten und länderspezifisch überlegen, ob es eine oder andere Möglichkeit gibt, mit entsprechender Technologie zu Lösungen zu kommen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erkennt an, dass die Koalitionsfraktionen in ihrer Politik in der Analyse der Hungerproblematik in den Entwicklungsländern durchaus fortschrittlicher geworden sind. Die Antworten ließen indes zu wünschen übrig. Einerseits seien sie z. B. gegen Exportsubventionen, andererseits werde ein Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu Schweinefleischexportsubventionen abgelehnt. Theorie und Praxis seien nicht stimmig. Es gebe, wie in der öffentlichen Anhörung bestätigt worden sei, keine belegbaren wissenschaftlichen Erkenntnisse dafür, dass genmanipulierte Waren Hunger bekämpfen könnten. Im Übrigen müsse man, wenn man über Kohärenz rede, die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen und deren Auswirkungen in solchen Anträgen aufgreifen. Auch wenn die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dies leider nicht getan habe, werde sie deren Antrag unterstützen.

Die **Fraktion der FDP** ist erfreut, dass sowohl die Koalitionsfraktionen als auch BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ihr Herz für die ländliche Entwicklung entdeckt haben. Sie sei jedoch der eigentliche Motor dieser Forderung, denn sie mache sich seit Jahren dafür stark. Der Antrag der Koalitionsfraktionen biete nichts Neues, insbesondere werde die Bundesregierung nicht dafür kritisiert, dass sie die Entwicklung des ländlichen Raumes bisher sträflich vernachlässigt hat. Erst der Weltbankbericht habe sie zu ersten Reaktionen veranlasst. Dennoch sei der Aufwuchs von Haushaltsmitteln viel zu gering. Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sehe einen Paradigmenwechsel vor, der ausschließlich auf mehr Geld abstelle; die geforderte Quote von 10 Prozent für den Sektor sei ebenso abzulehnen wie die Position des Antrags zur Grünen Gentechnik.

Berlin, den 21. Januar 2009

Dr. Wolf Bauer
Berichterstatter

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Dr. Karl Addicks
Berichterstatter

Hüseyin-Kenan Aydin
Berichterstatter

Thilo Hoppe
Berichterstatter

